

PRESSEMITTEILUNG

Vom vergifteten Paradies zur systemischen Gefährdung des Mittelmeers

IOV: Restitution jetzt – Baustopp statt weiterer Großprojekte

Die Internationale Organisation Völkerrecht (IOV) erhebt ihre Stimme:

Sardinien wurde in der Vergangenheit durch NATO-Waffen- und Raketentests massiv geschädigt – und soll nun durch großskalige Wind- und Photovoltaikprojekte erneut überformt werden.

Die IOV ersucht die beteiligten Staaten und Institutionen um sofortige Restitution, Sanierung und einen klaren Baustopp für sämtliche geplanten Industrieprojekte im Mittelmeerraum.



**WIR KLÄREN
DICH AUF!**

Damals: NATO-Altlasten - dokumentierte Schäden

Auf dem Test- und Schießgelände Salto di Quirra wurden über Jahrzehnte Raketen, Sprengstoffe und angereichertes Uran eingesetzt. Öffentlich dokumentiert sind u. a.

- erhöhte Krebsraten,
- Missbildungen bei Kindern und
- Tieren sowie
- kontaminierte Böden und Gewässer.

Eine umfassende Restitution ist bis heute ausgeblieben.



Zweite Gefährdung - Atommüll auf Sardinien?

Neben den militärischen Altlasten droht Sardinien nun auch durch energiepolitische Entscheidungen der italienischen Regierung dauerhaft belastet zu werden. Bis 2027 soll ein Standort für ein nationales Atommüll-Endlager bestimmt werden - Sardinien steht auf der Liste von 51 möglichen Standorten. Parallel dazu plant Rom eine Rückkehr zur Kernenergie, einschließlich des Einsatzes kleiner modularer Reaktoren.

Für die IOV steht fest: Sardinien ist aufgrund seiner geologischen Beschaffenheit und seiner ökologischen Sensibilität ungeeignet für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle. Bereits heute ist die Insel durch Jahrzehnte militärischer Nutzung und die ungeklärte Frage des Einsatzes von Uranmunition massiv belastet. Ein Endlager würde nicht nur die Gesundheit der Bevölkerung gefährden, sondern auch einen klaren Verstoß gegen völkerrechtliche Vorsorge- und Schutzpflichten darstellen.

<https://www.suedtirolnews.it/italien/sardinien-nukleares-testlabor-der-nato>

Heute: Dritte Gefährdung im Namen der „grünen Energie“

Nach aktuellen Planungen sind für Sardinien rund 4.200 Windkraftanlagen (onshore & offshore) sowie über 70.000 Hektar Photovoltaik-Flächen vorgesehen. Diese Dimension würde die Insel in eine reine Energieplattform verwandeln.

Bereits 695 Projektanträge mit einer Gesamtleistung von mehr als 50 GW liegen vor
(Merkur, „Reine Energiespekulation – Italien-Insel wehrt sich gegen Windrad-Pläne“, 19.08.2025).

In Cagliari droht ein historisch und ökologisch wertvoller Hügel (Sant'Ignazio) in ein Photovoltaikfeld verwandelt zu werden, obwohl Schutzgesetze dies eigentlich verbieten
(Unione Sarda, „Photovoltaik in Cagliari – Krise mit Kraftwerk angekündigt“, 02.07.2025).

Fazit: Diese Projekte sind reine Energiespekulation. Sie gefährden Kultur, Landschaft, Artenvielfalt und das Klima. Sie dürfen nicht gebaut werden.





Systemrisiken für das Mittelmeer

- Atmosphäre: Großflächige Windparks verursachen Luftverwirbelungen, verändern Temperatur- und Feuchteverteilungen und führen zu weniger Regen.
- Ozean: Fundamente und Strömungsveränderungen zerstören die natürliche Schichtung und beeinträchtigen Sauerstoff und Fischbestände.
- Artenvielfalt: Zugvögel drohen in Massen geschreddert zu werden, Meeressäuger und wandernde Arten verlieren ihre Lebensräume.
- Konsequenz: Das Mittelmeerklima wird sich definitiv verändern - vorhersehbar, unumkehrbar und zerstörerisch.

Kommentar: „Das ist ein Irrsinn.“

Aktiver Einsatz vor Ort und im Mittelmeerraum

Die IOV wird sich nun direkt in Sardinien und in Rom engagieren und in Korrespondenz mit den Behörden vor Ort treten - sowohl mit der Regionalregierung Sardinien als auch mit den Ministerien in Rom. Darüber hinaus wird die IOV auch die anliegenden Mittelmeer-Anrainerstaaten in den Dialog einbeziehen, um eine gemeinsame Lösung im Sinne des Völkerrechts und des Schutzes der Bevölkerung voranzubringen.

Dieser aktive Schritt soll sicherstellen, dass die Anliegen nicht nur gehört, sondern auch in die Entscheidungsprozesse eingebracht werden.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein zur internationalen Präsenz



Völkerrechtliche Grundlage & Staatenverantwortung

Das Völkerrecht wird verletzt, wenn Umweltveränderungstechniken zu feindlichen oder militärischen Zwecken eingesetzt werden - genau das verbietet das **Übereinkommen von 1976 (ENMOD)**. Die **UN-Resolution 56/83** betont klar die Verantwortung der Staaten für völkerrechtswidriges Handeln. Schon die **Helsinki-Schlussakte (1975)** und die **Charta von Paris (1990)** verpflichten zu Zusammenarbeit, Frieden und Schutz der Lebensgrundlagen. **Das Zusatzprotokoll I zu den Genfer Konventionen (1977, Art. 35 Abs. 3 und Art. 55)** untersagt ausdrücklich Methoden der Kriegführung, die „weitreichende, langanhaltende und schwere Schäden an der natürlichen Umwelt“ verursachen. Mit der **UN-Resolution 48/13** wird das „Recht auf eine gesunde Umwelt“ hervorgehoben, durch die **Resolution 76/300** sogar als universelles Menschenrecht anerkannt.

Italien hat **2022 mit der Änderung von Art. 9 und 41 seiner Verfassung** diesen Schutz auch innerstaatlich verankert.

Daraus folgt: Staaten sind als Treuhänder verpflichtet zu handeln. Und nun sind auch die Menschen gefordert, gemeinsam mit der IOV dafür einzutreten, dass diese Rechte endlich durchgesetzt werden.



Quellen

- taz.de: „Müllkippe der NATO: Das vergiftete Paradies“, 22.11.2011.
- Merkur.de: „Reine Energiespekulation – Italien-Insel wehrt sich gegen Windrad-Pläne“, 19.08.2025.
- Unione Sarda: „Photovoltaik in Cagliari – Krise mit Kraftwerk angekündigt“, 02.07.2025.
- <https://www.suedtirolnews.it/italien/sardinien-nukleares-testlabor-der-nato>

Sardinien steht exemplarisch für die Gefahren, die entstehen, wenn kurzfristige Interessen über langfristige Verantwortung gestellt werden.

Damals vergiftet durch militärische Tests, deren Folgen bis heute nicht vollständig aufgearbeitet sind – mit erhöhten Krebsraten, Missbildungen und toxischen Rückständen in Boden und Wasser.

Heute bedroht durch Pläne zur Errichtung von Offshore-Windparks, Photovoltaikanlagen und nun zusätzlich durch die Aufnahme in die Liste möglicher Standorte für ein Atommüll-Endlager ab 2027.

Damit wird die Insel nicht nur als Ressource ausgebeutet, sondern auch als dauerhafte Abladefläche für radioaktive Altlasten missbraucht. Sardinien ist damit ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit europäischer Umwelt- und Sicherheitspolitik.

Die IOV erinnert:

- Das Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) verpflichtet zur Vorsorge gegen grenzüberschreitende Schäden.
- Die Aarhus-Konvention garantiert der Bevölkerung Mitspracherechte bei umweltrelevanten Großprojekten.
- Die EU-Vogelschutz- und Habitatrichtlinien verpflichten zu besonderem Schutz ökologisch sensibler Gebiete wie Sardinien.
- Menschenrechte und Gesundheitsvorsorge sind unteilbar und dürfen nicht geopfert werden.

Die IOV ersucht daher um Restitution, indem Altlasten und militärische Kontaminationen umfassend aufgeklärt und saniert werden; um Vorsorge, indem Sardinien von riskanten Industrie- und Endlagerprojekten ausgenommen wird; und um Kooperation, indem internationale Institutionen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den Prozess eingebunden werden.

Im Interesse der Zivilbevölkerung und des ökologischen Erbes des Mittelmeers gilt:

Der Bau dieser Industrieanlagen und die Einrichtung eines Atommüll-Endlagers dürfen nicht stattfinden.



Bismarckstr. 100
DE-41061 MÖNCHENGLADBACH



0800 / 148 0980



0800 / 708 0847



presse@orgvr.org

www.iov-organisation.org